

Herr Bundespräsident
Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3000 Bern
Schweiz

Bern, 6. Juli 2021

Die Schweiz und der Welternährungsgipfel (UNFSS)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Parmelin

Wir verbinden mit diesem Schreiben an Sie die Hoffnung, dass sich die Schweiz beim bevorstehenden Welternährungsgipfel (UNFSS) für einen inklusiven Prozess und für eine agroökologische Zukunft der Ernährungssysteme einsetzt. Angesichts des alarmierenden Zustands unserer Ernährungssysteme sind besondere Anstrengungen notwendig, die weit über das hinausgehen müssen, was derzeit an freiwilligen Massnahmen diskutiert wird.

Der Welternährungsgipfel

Wie UNO Generalsekretär, António Guterres, bekannt gab, würde es bei diesem Gipfel um nichts Geringeres als die Transformation der globalen Ernährungssysteme gehen. Das Ziel dieses Prozesses solle sein, bei einer wachsenden Weltbevölkerung die Gefahr von zunehmenden Hunger abzuwenden, Krankheiten aufgrund von Mangelernährung zu vermeiden. Er soll dafür sorgen, dass der Planet sich vom menschlichen Raubbau erholt und in die Lage versetzt wird, die uns nachfolgenden Generationen auch unter der Bedingung des Klimawandels zu ernähren.

Es ist bedauerlich, dass die Gipfelvorbereitung weitestgehend unter Umgehung des einzigen bestehenden internationalen Multistakeholder-Forums, dem UN Welternährungskomitee (Committee on World Food Security (CFS)) und v.a. dessen «Civil Society and Indigenous People's Mechanism» (CSM) geschehen ist. Wo hatten die Verwundbarsten der Betroffenen, insbesondere KleinbäuerInnen aus dem Süden, eine Stimme?

Es besteht ein begründeter Anlass zur Sorge, dass mit den UNFSS Science Committee und eigenen Science Days (SD) bestehende CFS Strukturen wie das High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition (HLPE) unnötig dupliziert und mittelfristig unbedeutend gemacht werden.

Weltweit regt sich Widerstand gegen den Gipfel. Wichtige Schweizer Wissenschaftlerinnen haben sich einem Boykott gegen den Welternährungsgipfel angeschlossen.

Die Erfahrung von SWISSAID

SWISSAID hat sich über die Jahre eine Expertise in Fragen der Transformation von Ernährungssystemen und der Agroökologie erworben. Zusammen mit unseren Partnern realisieren wir in neun Ländern agroökologische Projekte. Wir haben dabei gelernt, dass die BäuerInnen selbst und ihr Wissen nachhaltige Veränderungen ermöglichen können. Diese müssen die Basis für einen Paradigmenwechsel bis hin auf globaler Ebene bilden, will man die Armut und den Hunger ernsthaft bekämpfen.

Die positiven Erfahrungen in unseren agroökologischen Projekten sind Beleg dafür, dass agroökologische Ernährungssysteme möglich - und im Angesicht der Klima- und der Biodiversitätskrise - dringend sind.

Es reicht nicht, dass Agroökologie als eine weitere Strategie («just another tool in the box») anerkannt wird. Zusammen mit Wissenschaftlerinnen, Experten und NGOs der Entwicklungszusammenarbeit sind wir der Meinung, dass die Agroökologie als grundlegendes Konzept für die globale Landwirtschaft etabliert werden muss. Ein Phase-Out der konventionellen Landwirtschaft ist unseres Erachtens notwendig. Die Weichen dafür müssen an diesem Summit gestellt werden, wenn wir als Staatengemeinschaft bis 2030 eine Chance haben wollen, die Agenda 2030 umzusetzen. Die Schweiz darf von ihrer eigenen Erfahrung im Landwirtschaftssektor und ihren starken lokalen Ernährungssystemen zehren und gemeinsam mit den anderen EFTA Staaten in den Verhandlungen eine aktive Rolle für die agroökologische Umgestaltung der Ernährungssysteme einnehmen.

Vorhandene Handlungsoptionen nutzen

Die Handlungsoptionen der Schweiz beschränken sich selbstverständlich nicht nur auf den UNFSS Prozess. Im Gegenteil, es gilt Politik-Kohärenz zu schaffen. Wir sehen folgende Möglichkeiten, die genutzt werden sollten:

Der Weltagrarbericht von 2009 (IAASTD) hat auf Mandat der UNO bei der Bestandsaufnahme der Welternährungssituation eine herausragende wissenschaftliche Leistung erbracht. Er wurde von der Schweiz offiziell abgenommen. Eine Überprüfung der Erreichung der im Bericht vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen in der Schweiz und durch die Schweiz ist entsprechend dringlich und wichtig. Auch die Schweiz soll ihre innen- und aussenpolitischen Massnahmen im Ernährungsbereich seit 2009 an den Empfehlungen des IAASTD messen.

Die tarifliche Vorzugsbehandlung innerhalb der WTO von agroökologisch produzierten Landwirtschaftsgütern aus dem Süden und die Zulassung von entsprechenden Beschaffungskriterien sowie gezielte Subventionen in diesen Ländern für agroökologische Produktionsverfahren und Produkte, sind wirkungsvolle Instrumente zum Schutz von funktionierenden lokalen Ernährungssystemen und Märkten vor Armut und zugunsten der Umwelt. Diese Instrumente sind für die Schweiz ein Mittel zur Gewinnung von innen- und

aussenpolitischem Gestaltungsraum und müssen konsequent in Freihandelsabkommen und in den WTO Verhandlungen eingefordert werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit hat gezeigt, dass die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die in der UNDROP verbrieften bäuerlichen Rechte, eine eminente Rolle für die Bildung von resilienten sozialen und ökologischen Strukturen spielen. Wir verweisen darauf, dass das zentrale Thema der Menschenrechte in den bisherigen UNFSS Diskussionen und Dokumenten fehlt. Dies muss bis zum Gipfel noch korrigiert werden, da sonst von der Schweiz international ein alarmierender Präzedenzfall mitgeschaffen wird.

Der finanzielle Sektor trägt mit seinem Investitionsverhalten eine Verantwortung für ein nachhaltiges Ernährungssystem der Zukunft und die Schweiz spielt eine wichtige Rolle als internationaler Finanzplatz. Der Bundesrat sollte deshalb die gesetzliche Voraussetzung dafür schaffen, dass Investitionen, die von der Schweiz aus getätigt werden und die für nachhaltige Ernährungssysteme schädlich sind, überprüft und nötigenfalls verhindert werden.

Die Saatgutregulierung muss sich an den Bedürfnissen der Bäuerinnen und Bauern orientieren und darf nicht einseitig auf die Bedürfnisse der Saatgutkonzerne ausgerichtet sein. Der strenge Sortenschutz, wie er in UPOV91 verankert ist, beschneidet das Recht der Bauern und Bäuerinnen, ihr Saatgut frei zu vermehren, zu verwenden zu tauschen und zu verkaufen, das in den internationalen Abkommen UNDROP und ITPGRFA verankert ist. Dies schadet der Ernährungssicherung und Biodiversität, insbesondere im globalen Süden.

Sie haben negative Auswirkungen auf die Biodiversität, weil Bauern und Bäuerinnen ihr eigenes Saatgut nicht mehr frei anwenden und modifizieren dürfen. Daher müssen solche Regelungen dringend abgeschafft werden, wenn Armut in ländlichen Bevölkerungen mit Blick auf den Klimawandel nicht noch zunehmen soll.

Der Klimawandel stellt neue Anforderungen an die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Menschheit: Die Agroökologie trägt zur Resilienz der lokalen Bevölkerungen bei, weil sie auf ortsspezifischem Wissen und praxisnaher Erfahrung beruht. Sie stärkt die Fruchtbarkeit der Böden, die Agrobiodiversität und ermöglicht so auch im Krisenfall eine nährstoffreiche, gesunde und diverse Produktion. Die Unabhängigkeit von internationalen Lieferketten, Märkten und deren Schwankungen ist zentral. Ländliche Gebiete werden durch lokale Märkte revitalisiert. Die Agroökologie muss in allen sogenannten Rio-Konventionen gestärkt werden.

Appell an den Bundesrat

Dem Bundesrat bietet sich – trotz all unserer Vorbehalte gegenüber dem bisherigen Prozess des Welternährungsgipfels - die Chance, wichtige Handlungsoptionen im Hinblick auf den Gipfel wahrzunehmen. Wir appellieren an den Bundesrat folgende Vorschläge für den Gipfel in Betracht zu ziehen.

- a. Die Schweiz verpflichtet sich, die Liefer- und Wertschöpfungsketten seiner Ernährungssysteme – einschliesslich der internationalen Lieferanten – auf ihre

menschenrechtlichen und ökologischen Folgen hin zu analysieren, die Emissionen – einschliesslich der grauen Emissionen – mit wissenschaftlicher Unterstützung zu messen und seine nationalen Gesetze und Bestimmungen sowie die steuerlichen Anreize derart anzupassen, dass agroökologische Ernährungssysteme gefördert werden.

- b. Die Schweiz setzt sich am Gipfel dafür ein, dass UNDROP für die Rechte der Bäuerinnen und für die Sicherung von nachhaltigen Food Systems anerkannt und durchgesetzt wird. Die Schweiz verpflichtet sich selbst, die Deklaration in ihrer Gesamtheit umzusetzen. In künftigen Freihandelsabkommen verzichtet die Schweiz auf Vorgaben zum Sortenschutz. Zudem setzt sie sich bei UPOV dafür ein, dass die UPOV-Konvention zum Sortenschutz so angepasst wird, dass das die bäuerlichen Rechte nicht mehr beschnitten werden.
- c. Die Schweiz anerkennt, dass die Klimaanpassungsprojekte, die sie in Ländern des globalen Südens unterstützt, mit speziellen Förderungsgeldern und nicht mit denen der Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden müssen. Sie müssen sich an den agroökologischen Prinzipien ausrichten, wo es um Ernährungssysteme geht.
- d. Die Schweiz erklärt sich bereit, landwirtschaftliche Methoden, die direkt oder indirekt dazu führen, dass Boden- und andere Umweltressourcen für nicht nachhaltige Bewirtschaftungsformen verbraucht werden, in Zukunft nicht mehr mit Forschungsmitteln versehen werden oder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden.
- e. Die Schweiz wird indirekte Subventionen auf Pestiziden und Düngern Schritt für Schritt abschaffen und die entsprechenden Mittel stattdessen in die Erforschung und Anwendung agroökologischer Methoden fliessen lassen.
- f. Die Schweiz setzt sich mit Partnerstaaten dafür ein, dass am Gipfel Initiativen ergriffen werden, damit die Agroökologie auch in den Rio-Konventionen als die massgebende Wissenschaft und Form des Ernährungssystems gegen den Klimawandel und den Biodiversitätsverlust anerkannt wird.
- g. Die Schweiz verpflichtet sich im öffentlichen Beschaffungswesen der Regierung oder der ihr angegliederten Institutionen, die höchsten ökologischen und sozialen Standards anzuwenden, inklusive für Importgüter.
- h. Die Güter, die für den Veredelungsverkehr in die Schweiz importiert werden, müssen agroökologischen (z.B. auf der Basis von PGS-Systemen), biologischen und/oder unabhängigen Fairtrade-Standards genügen.
- i. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass andere Länder im globalen Norden agrarökologische Ansätze in der Praxis und Forschung als Teil Ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit dem globalen Süden auch unterstützen.
- j. Die Schweiz verpflichtet sich für alle kommenden internationale Handelsabkommen, den bereits beim Freihandelsabkommen mit Indonesien

realisierten Product and Process Methods (PPM) Standard anzuwenden und zu verbessern.

Wir bitten Sie schliesslich, nach Abschluss des Gipfels und in Absprache mit nationalen Gremien verbindliche Aktionspläne, die die hohen Zielsetzungen der Agroökologie anstreben, für die Inland- und Auslandspolitik festzulegen und diese der Öffentlichkeit vorzustellen.

Markus Allemann
Geschäftsleiter

Sonja Tschirren
Verantwortliche Agroökologie